

Berufungsentscheidung

Der Unabhängige Finanzsenat hat über die Beschwerde des Bf., vertreten durch Dr. Wilfried Plattner, Rechtsanwalt, 6020 Innsbruck, Fallmerayerstraße 10, vom 18. Juni 1999 gegen die Berufungsvorentscheidung des Zollamtes Salzburg/Erstattungen, vertreten durch HR Dr. Karl Windbichler, vom 29. April 1999, GZ. 1234, betreffend Ausfuhrerstattung entschieden:

Der Beschwerde wird teilweise Folge gegeben. Es wird eine Ausfuhrerstattung in der Höhe von € 5.788,25 (S 79.648,00) gewährt. Die Sanktion gemäß Art. 11 Abs. 1 Buchstabe a der Verordnung (EWG) Nr. 3665/87 beträgt € 220,49 (S 3.034,00), so dass der Betrag von € 5.567,76 (S 76.614,00) der zur Auszahlung gelangende Erstattungsbetrag ist. Die getroffenen Feststellungen sind dem Ende der folgenden Entscheidungsgründe zu entnehmen und bilden einen Bestandteil dieses Bescheidspruches.

Entscheidungsgründe

Der Bf. hat mit Antrag vom 14. Oktober 1997 Ausfuhrerstattung für 29 Stück Rinder lebend, andere, zum Schlachten bestimmt, der Warennummer 01029061/9000 mit einer angemeldeten Eigenmasse von 16.682,00 kg und einer amtlich ermittelten Eigenmasse von 17.054,00 kg, die Gegenstand der Ausfuhranmeldung vom 13. Jänner 1997 zu WE-Nr. 2345 waren, beantragt. Dem Bf. wurde in der Folge aufgrund seines Antrages mit Bescheid vom 31. Jänner 1998, Zi. 3456, Ausfuhrerstattung nach § 2 des Ausfuhrerstattungsgesetzes (AEG) i.V.m. Art. 11 der Verordnung (EWG) Nr. 3665/87 für 24 Stück Rinder mit der amtlich ermittelten Eigenmasse von 14.044,00 kg in der Höhe von S 72.162,00 (€ 5.244,22) gewährt und eine Sanktion im Betrage von S 30.932,00 (€ 2.247,92) verhängt, sodass ein Betrag von

S 41.230,00 (€ 2.996,30) tatsächlich zur Auszahlung gelangte.

Das Zollamt Salzburg/Erstattungen hat in der Begründung des Bescheides nach dem Hinweis auf Art. 13 Abs. 9 der Verordnung (EWG) Nr. 805/68 und auf die Art. 3, Art. 11 Abs. 1 lit. b und Art. 25 Abs. 2 der Verordnung (EWG) Nr. 3665/87 im Wesentlichen festgehalten, bei einer Prüfung des Bf. durch die Betriebsprüfung/Zoll sei gemäß dem Prüfbericht vom 2. Oktober 1997, Zl. 4567, festgestellt worden, die Schlussscheine für die Rinder mit der Ohrmarkennummer aa, bb, cc, dd und ee seien offensichtlich manipuliert worden.

Es sei demnach der Ursprung im Sinne des Art. 13 der Verordnung (EWG) Nr. 805/68 nicht nachgewiesen und ein Erstattungsanspruch nicht gegeben. Da die von der Betriebsprüfung festgestellten Manipulationen nur willentlich und wissentlich, demnach vorsätzlich vorgenommen werden können und vorgenommen worden seien, sei eine Sanktion gemäß Art. 11 Abs. 1 lit. b der Verordnung (EWG) Nr. 3665/87 anzuwenden gewesen.

Es bestehe für diese Tiere kein Erstattungsanspruch, für die übrigen Tiere sei dem Antrag auf Zahlung von Ausfuhrerstattung stattgegeben worden.

Dagegen wendet sich die Berufung vom 25. Februar 1998, die der Bf. auch als Stellungnahme zum Prüfbericht der Betriebsprüfung/Zoll versteht. Der Bf. beschäftigt sich darin u.a. mit Ausführungen zur Reinrassigkeit, zum Ursprung, zur Identität der Rinder, zu den Unstimmigkeiten zwischen dem Besitzer laut Abstammungsnachweis und Schlussschein, zur Manipulation der Schlussscheine, zur Sanktion und mit Ausführungen zum Thema Schlachtrinder.

Als Nachweis für den Ursprung der Rinder mit der Ohrmarkennummer aa und bb wurde nachträglich eine Bestätigung des Amtstierarztes Wo.P. vorgelegt. Für die Tiere mit der Ohrmarkennummer cc, dd und ee wurden eidesstättige Erklärungen des Ra.L., Tr., und des Jo.G., Kl., vorgelegt.

Das Zollamt Salzburg/Erstattungen hat die Berufung mit Berufungsvorentscheidung vom 29. April 1999, Zl. 1234, als unbegründet abgewiesen und den Spruch des angefochtenen Bescheides dahingehend abgeändert. Es wurde eine Ausfuhrerstattung in Höhe von S 72.162,00 (€ 5.244,22) gewährt. Die Sanktion wurde mit S 30.377,00 (€ 2.207,58) neu ausgemessen.

Das Zollamt Salzburg/Erstattungen hat nach geraffter Wiedergabe der Einwendungen der Berufung in der Begründung der Berufungsvorentscheidung zunächst auf Art. 13 Abs. 9 der Verordnung (EWG) Nr. 805/68 verwiesen. Danach sei eine Erstattung u.a. zu gewähren, wenn nachgewiesen werde, dass es sich um Erzeugnisse mit Ursprung in der Gemeinschaft handle und dass diese aus der Gemeinschaft ausgeführt worden seien.

Bei der durchgeföhrten Betriebsprüfung sei in die in der Buchhaltung des Bf. aufliegenden Belege, namentlich in die Durchschriften der Schlussscheine Einsicht genommen und dabei

festgestellt worden, im Schlussschein mit der Nr. 1908 vom 29. Dezember 1996 seien die Ohrmarkennummern nachträglich auf dd und cc geändert worden. Bei den Schlussscheinen Nr. 2204 vom 2. Jänner 1997, Nr. 1914 vom 5. Jänner 1997 und Nr. 1922 vom 10. Jänner 1997 seien die Ohrmarkennummer aa, bb und ee nachträglich eingefügt worden. Diese Schlussscheine seien daher als Nachweis für den Ursprung der betroffenen Rinder untauglich. Die eidesstättigen Erklärungen seien kein Ersatz für Einkaufsbelege und daher grundsätzlich nicht geeignet, die im Rahmen der Betriebsprüfung getroffenen Feststellungen zu widerlegen.

Bemerkenswert sei der Umstand, dass für das Rind mit der Ohrmarkennummer ee die eidesstättige Erklärung des Jo.G. vorliege, der darin erkläre, das Rind stamme aus seinem Besitz und sei im Jänner 1997 an den Bf. verkauft worden. Dasselbe Rind sei jedoch laut Schlussschein mit der Nr. 1922 von Jo.N., Pa., am 10. Jänner 1997 an den Bf. verkauft worden.

Der gleiche Sachverhalt betreffe die eidesstättigen Erklärungen des Ra.L., der darin erkläre, die Rinder mit der Ohrmarkennummer dd und cc im Jänner 1997 an den Bf. verkauft zu haben. Diese Rinder seien jedoch laut Schlussschein mit der Nr. 1908 von Fr.G., Fi., am 29. Dezember 1996 an den Bf. verkauft worden.

Die vorgelegte Bestätigung des Amtstierarztes vom 15. September 1998 besage in erster Linie, dass bei den in der beigefügten Aufstellung genannten Rindern die Ohrmarken verloren gegangen und die Tiere mit neuen Ohrmarken versehen worden seien. Dabei handle es sich mit einer Ausnahme nur um Rinder, die nicht in ein Herdebuch eingetragen seien. Auffällig sei, dass Ohrmarken nur bei Schlachtrindern verloren gegangen seien.

Im zweiten Absatz werde bestätigt, dass im Grunde der langjährigen Erfahrung des Tierarztes, der bei jeder Beladung persönlich anwesend gewesen sei, mit Sicherheit davon ausgegangen werden könne, dass die Tiere aufgrund des durch den Tierarzt wahrgenommenen Erscheinungsbildes österreichischer Herkunft gewesen seien.

Annahmen aufgrund eines Augenscheines könnten keinesfalls als Ursprungsnachweis dienen, noch dazu, wenn die betreffenden Rinder ohne Ohrmarke angeliefert worden seien. Die Bestätigung sei daher kein tauglicher Nachweis für den Ursprung der Tiere in der Gemeinschaft.

Nach dem Hinweis auf Art. 11 der Verordnung (EWG) Nr. 3665/87 und auf § 8 Abs. 1 FinStrG hat das Zollamt Salzburg/Erstattungen zunächst grundsätzlich zu den Manipulationen der Schlussscheine Stellung genommen.

Die Schlussscheine seien einerseits im Durchschreibeverfahren manipuliert worden. Dabei sei das Durchschreibepapier vor dem Einsetzen der Ohrmarkennummer herausgenommen worden. In der Durchschrift sei die Ohrmarkennummer eines Ausfuhrindes eingetragen

worden. Auf der anderen Seite sei die Manipulation zur Gänze im Durchschreibeverfahren vorgenommen worden, indem die Ohrmarkennummer in den beim Bf. aufliegenden Belegen nachträglich geändert oder überschrieben worden sei.

Die stichprobenweise Gegenprüfung der manipulierten Schlussscheine durch Einsichtnahme in Originale habe immer ergeben, dass in den Urschriften der Schlussscheine andere Ohrmarkennummern als in den beim Bf. aufliegenden Durchschriften aufgeschienen seien. Da der Gemeinschaftsursprung für die verfahrensgegenständlichen Rinder nicht habe nachgewiesen werden können, habe der Bf. durch die unrichtigen Angaben in der Ausfuhranmeldung eine höhere als die zustehende Erstattung beantragt. Die dargestellte Vorgangsweise bei der Manipulation der Schlussscheine sei nur durch aktives vorsätzliches Tätigwerden des Bf. möglich geworden (§ 8 Abs. 1 FinStrG), weshalb eine Sanktion gemäß Art. 11 Abs. 1 lit. b der Verordnung (EWG) Nr. 3665/87 zu verhängen gewesen sei.

Ins Treffen geführte Rechtswidrigkeiten des angefochtenen Bescheides wegen Begründungsmängeln seien durch die Berufungsvorentscheidung geheilt. Der Einwand, die Berechnung sei nicht nachvollziehbar, entbehre der Grundlage, da der Bf. laufend derartige und mit allen erforderlichen Angaben versehene Berechnungsblätter erhalten habe, deren Nachvollziehbarkeit er bisher aber nicht beklagt habe. Die Argumentation, die Manipulation an den Schlussscheinen sei in jedem Einzelfall festzustellen und nicht hochzurechnen, gehe insofern ins Leere, als die Manipulationen bei allen betreffenden Schlussscheinen von den Prüfern festgestellt und von den Schlussscheinen Kopien angefertigt worden seien.

Die Neufassung des angefochtenen Bescheides habe ihre Ursache darin, das im Rahmen des Berufungsverfahrens festgestellt worden sei, dass für die Berechnung des Sanktionsbetrages von einem Gewicht von 3.010,00 kg, anstelle vom angemeldeten Gewicht von 2.956,00 kg ausgegangen worden sei.

Dagegen wendet sich die Beschwerde vom 18. Juni 1999. Die Berufungsvorentscheidung wird ihrem gesamten Inhalt nach angefochten. Der Bf. hat seine Anträge aus dem Verfahren vollinhaltlich aufrechterhalten.

Der Bf. beschäftigt sich u.a. mit den erforderlichen Voraussetzungen der für weibliche reinrassige Zuchtrinder vorgesehenen Erstattung, mit § 24 Abs. 1 des Tiroler Tierzuchtgesetzes 1995, mit den erstattungsrechtlich relevanten Voraussetzungen für die Gewährung der Ausfuhrerstattung und damit, dass es die Behörde verabsäumt habe, in ihren Bescheiden darzulegen, was sie veranlasst habe, den Beweiswert und Wahrheitsgehalt der angeführten Dokumente als nicht maßgebend zu erachten.

Bei der Erstellung der Schlussscheine sei es zu Fehlern gekommen. Zur Beseitigung der dadurch entstandenen Zweifel habe der Bf. die Kaufgeschäfte unter größten Anstrengungen und mit erheblichem Aufwand nachgewiesen. Er habe nach Aufforderung durch die Zahlstelle

mit weiteren Beweismitteln (eidestättige Erklärungen, tierärztliche Gutachten, Bestätigungen der Zuchtverbände) den Nachweis geführt, dass die Kaufgeschäfte tatsächlich so stattgefunden hätten, wie dies von ihm im Berufungsverfahren dargelegt worden sei. Er habe alles getan, um die Richtigkeit seiner Behauptungen, die Einkäufe der Rinder betreffend zu beweisen.

Der Bf. beschäftigt sich in der Beschwerde auch mit einer parlamentarischen Anfrage vom 13. Juni 1996 des Inhaltes, welche Papiere von den österreichischen Bauern bzw.

Viehexporteuren herangezogen werden können, um die Herkunft, den österreichischen Ursprung der Rinder nachzuweisen.

Er habe nur Tiere in Übereinstimmung mit den vorgelegten Unterlagen ausgeführt. Dies sei durch die lückenlose Kontrolle durch den Amtstierarzt und die Zollverwaltung bewiesen. Ein schuldhaftes oder fahrlässiges Verhalten seinerseits liege nicht vor; somit sei eine Sanktion nach Art. 11 der Verordnung (EWG) Nr. 3665/87 völlig unzulässig.

Als redlicher Exporteur habe er darauf vertraut, dass bei Vorlage der erstattungsrelevanten Unterlagen und mit Erfüllung der Ausfuhrzoll förmlichkeiten die Auszahlung der Ausfuhrerstattung mittels rechtskräftiger Bescheide durch das Zollamt Salzburg/Erstattung zu Recht erfolgt sei. Die Behörde trage die Beweislast für die Tatsachen, die die Rückforderungsbescheide begründen. Diese Beweisführung sei die Behörde in ihren Rückforderungsbescheiden zur Gänze schuldig geblieben.

Wie anlässlich der Betriebsprüfung festgestellt worden sei, handle es sich bei der Ausfuhrerstattung um einen kalkulatorischen Preisbestandteil. Die Tiere können auf den Drittlandsmärkten nur zu einem Preis verkauft werden, der weit unter dem inländischen Einkaufspreis liege. Die Ausfuhrerstattung komme somit direkt den Landwirten zugute, die über diesen subventionierten Preis ihr Einkommen erwirtschaften; auch dies sei ein Grund für die Unzulässigkeit der Rückforderungsbescheide.

Da die erforderlichen Beweismittel für alle exportierten Tiere vorgelegt worden seien, gehe die Behörde offenbar davon aus, dass nicht die Tiere laut Anmeldung, sondern andere ausgeführt worden seien. Diese Vorstellung sei völlig unmöglich. Die Tiere seien von zwei verschiedenen Behörden (Amtstierarzt, Zollverwaltung) kontrolliert worden. Die Zahlstelle unterstelle in denkunmöglich Weise dem Amtstierarzt und den Zollorganen, sie seien nicht in der Lage gewesen, die Übereinstimmung der zur Abfertigung gestellten Rinder mit den Ausfuhrdokumenten festzustellen.

Entgegen der Ansicht der Behörde seien die Begründungsmängel der ursprünglichen Bescheide durch die Berufungsvorentscheidung nicht geheilt worden. Es liege bei den Berufungsvorentscheidungen ein weiterer wesentlicher Verfahrensmangel deshalb vor, da

seine Gegenargumente und Beweismittel von der Behörde nicht gewürdigt worden seien bzw. seinen Anträgen nicht entsprochen worden sei.

Der Berufungssenat V der Region Linz bei der Finanzlandesdirektion für Oberösterreich mit Sitz in Graz hat über die Beschwerde mit Berufungsentscheidung vom 21. Dezember 2001 entschieden. Der Berufungssenat hat der Beschwerde stattgegeben und den Ausfuhrerstattungsbetrag bzw. den Sanktionsbetrag neu festgesetzt.

Nach geraffter Wiedergabe des Sachverhaltes und nach allgemeinen Ausführungen hat der Berufungssenat in der Sache selbst zunächst festgehalten, der Bf. habe am 13. Jänner 1997 beim Hauptzollamt Innsbruck unter der WE-Nr. 2345 durch Angabe des Verfahrenscodes 1000 9 in der schriftlichen Anmeldung das Ausfuhrerstattungsverfahren für 29 Stück Rinder lebend, andere, Kühe zum Schlachten, mit dem Produktcode 01029061/9000 beantragt. Den Antrag auf Zahlung von Ausfuhrerstattung habe er am 15. Oktober 1997 eingebracht.

Es sei aufgrund der von der Betriebsprüfung festgestellten Manipulation an den Schlusssscheinen für die Rinder mit der Ohrmarkennummer aa, bb, cc, dd und ee die beantragte Ausfuhrerstattung für diese Tiere nicht gewährt und eine Sanktion im Sinne des Art. 11 Abs. 1 lit. b der Verordnung (EWG) Nr. 3665/87 verhängt worden. Dies sei mit Bescheid vom 31. Jänner 1998, Zl. 3456, erfolgt. Die dagegen gerichtete Berufung vom 25. Februar 1999 sei durch Berufungsvorentscheidung vom 29. April 1999, Zl. 1234, als unbegründet abgewiesen worden. Die Sanktion sei vermindert worden. Der Bf. habe dagegen mit Schreiben vom 18. Juni 1999 den Rechtsbehelf der Beschwerde eingebracht. Das Beschwerdebegehren habe die Nichtgewährung von Ausfuhrerstattung bezüglich der betroffenen Tiere sowie die Festsetzung einer Sanktion gemäß Art. 11 Abs. 1 lit. b der Verordnung (EWG) Nr. 3665/87 betroffen.

Beim Rind mit der Ohrmarkennummer aa sei im Zuge der transportmäßigen Abfertigung eine Ersatzohrmarke eingezogen worden. Das gegenständliche Rind habe die ursprüngliche Ohrmarke verloren. Der vom Bf. vorgelegte Schlusssschein mit der Nr. 2204 vom 2. Jänner 1997 über den Verkauf einer Kuh von Jo.K., St., sei durch den Bf. auf seiner Durchschrift hinsichtlich dieser Kuh, indem die Ohrmarkennummer aa nachträglich eingefügt worden sei, manipuliert worden.

Im Rahmen der Zeugeneinvernahme des Jo.K. im Zuge des Amtshilfe- und Beweisverfahrens habe dieser bestätigt, dass sich die im Schlusssschein Nr. 2204 vom 2. Jänner 1997 erfassten drei Kühe in seinem Besitz befunden hätten. Dies sei durch die Meldeblöcke für Zuchtwarte erwiesen. die Tiere seien an den Bf. verkauft worden. Das auf der Durchschrift des gegenständlichen Schlusssscheines angeführte Rind mit der Ohrmarkennummer aa habe sich nicht im Besitz des Zeugen befunden.

Aufgrund dieser Zeugenaussage und unter Berücksichtigung der Ausführungen des Zeugen

Wo.P. zur Einziehung von Ersatzohrmarken beginnend mit der Nr. 008... sei mit einem größeren Grad der Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, das Tier mit der Ohrmarkennummer aa habe den Ursprung in der Gemeinschaft gehabt.

Beim Rind mit der Ohrmarkennummer bb sei im Zuge der transportmäßigen Abfertigung eine Ersatzohrmarke eingezogen worden. Das gegenständliche Rind habe die ursprüngliche Ohrmarke verloren. Der vom Bf. vorgelegte Schlussschein mit der Nr. 1914 vom 5. Jänner 1997 über den Verkauf einer Kuh von Jo.H., Ra., sei durch den Bf. auf seiner Durchschrift hinsichtlich dieser Kuh, indem die Ohrmarkennummer bb nachträglich eingefügt worden sei, manipuliert worden.

Im Rahmen der Zeugeneinvernahme des Jo.H. im Zuge des Amtshilfe- und Beweisverfahrens habe dieser angegeben, an den Bf. keine Kuh mit der Ohrmarkennummer bb verkauft zu haben bzw. dass die Unterschrift auf dem Schlussschein mit der Nr. 1914 vom 5. Jänner 1997 nicht von ihm stamme.

Aufgrund dieser Zeugenaussage und unter Berücksichtigung der Ausführungen des Zeugen Wo.P. zur Einziehung von Ersatzohrmarken beginnend mit der Nr. 008... sei mit einem größeren Grad der Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, das Tier mit der Ohrmarkennummer bb habe den Ursprung in der Gemeinschaft gehabt.

Hinsichtlich der Rinder mit der Ohrmarkennummer cc und dd seien dem Senat neben dem manipulierten Schlussschein Nr. 1908 auch zwei eidesstättige Erklärungen vom 6. Juli 1998 des Ra.L. vorgelegen. Er habe in den Erklärungen bestätigt, die Rinder mit der Ohrmarkennummer cc und dd würden aus dessen Besitz stammen und seien im Jänner 1997 an den Bf. verkauft worden.

Im Rahmen der Zeugeneinvernahme des Ra.L. im Zuge des Amtshilfe- und Beweisverfahrens habe dieser den Besitz der Rinder ebenso wie den Verkauf derselben an den Viehhändler Le. bestätigt. Einen jeweiligen Schlussschein habe der Zeuge nicht vorlegen können, jedoch habe er glaubwürdig die Verkaufsumstände bekannt gegeben. Aufgrund der angeführten Beweiskette sei mit einem größeren Grad der Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, die gegenständlichen Tiere hätten ihren Ursprung in der Gemeinschaft gehabt und seien an den Bf. verkauft worden.

Hinsichtlich des Rindes mit der Ohrmarkennummer ee sei dem Senat neben dem auf Jo.N. lautenden manipulierten Schlussschein Nr. 1922 auch eine eidesstättige Erklärung vom 6. Juli 1998 des Jo.G. vorgelegen, in der dieser erklärt habe, das Rind mit der Ohrmarkennummer ee stamme aus dessen Besitz und sei im Jänner 1997 an den Bf. verkauft worden.

Im Rahmen der Zeugeneinvernahme des Jo.G. im Zuge des Amtshilfe- und Beweisverfahrens sei der Besitz des Rindes ebenso wie der Verkauf an den Viehhändler Ma.S. bestätigt worden.

Einen Schlussschein habe der Zeuge nicht vorlegen können.

Im Rahmen der Zeugeneinvernahme des Ma.S. habe dieser angegeben, im fraglichen Zeitraum ca. drei Kühe, die er von diversen Tiroler Bauern zugekauft habe, an den Bf. verkauft zu haben. Diesbezüglich habe er aber keine Unterlagen vorlegen können, jedoch habe er glaubwürdig die Verkaufsumstände bekannt gegeben.

Aufgrund der angeführten Beweiskette sei mit einem größeren Grad der Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, das gegenständliche Tier habe seinen Ursprung in der Gemeinschaft gehabt und sei an den Bf. verkauft worden.

Der Beschwerde wurde in der mündlichen Verhandlung stattgegeben.

Dagegen wendet sich die Beschwerde des Präsidenten der Finanzlandesdirektion für Salzburg an den Verwaltungsgerichtshof (VwGH), in der er Unzuständigkeit der belangten Behörde, Rechtswidrigkeit des Inhaltes und Rechtswidrigkeit infolge Verletzung von Verfahrensvorschriften geltend macht.

Der VwGH hat über die Beschwerde mit Erkenntnis vom 13. September 2004, ZI. 2002/17/0141, zu Recht erkannt und den angefochtenen Bescheid (Spruchpunkt: A.5) wegen Rechtswidrigkeit infolge Verletzung von Verfahrensvorschriften aufgehoben.

Der VwGH führt im Wesentlichen aus, in Ansehung der Rinder mit der Ohrmarkennummer aa und bb gelte das zum Spruchpunkt A.2 zweit- bis viertgenannten Rindern Gesagte.

In Ansehung der übrigen unter diesem Spruchpunkt abgehandelten Rinder mit der Ohrmarkennummer cc, dd und ee gelte das für das zum Spruchpunkt A.2. erstgenannte Rind Gesagte entsprechend. Auch in Ansehung dieser Rinder liege ein Feststellungsmangel vor, weil deren Herkunft nicht vollständig ermittelt worden sei.

Anlässlich der Erörterung der Sache am 11. März 2005 hat der Bf. eröffnet, er werde innerhalb von drei Monaten weitere Beweise betreffend den Ursprung der gegenständlichen Tiere in der Gemeinschaft beibringen.

Mit Eingabe vom 11. Mai 2005 hat der Bf. im Nachhang zu seinen Ausführungen anlässlich des Erörterungstermins vom 11. März 2005 mitgeteilt, es sei ihm nicht möglich, hinsichtlich der Tiere mit den im Nachhinein eingezogenen Ohrmarken, beginnend mit den Ziffern 008..., über die bereits vorliegende Zeugenaussage Wo.P. hinaus gehende weitere Herkunfts nachweise beizubringen.

Mit Eingabe vom 10. Juni 2005 hat der Bf. um Erstreckung der Frist zur Beibringung der erforderlichen Ursprungsnachweise bis zum 11. August 2005 mit der Begründung ersucht, der damit verbundene Aufwand sei umfangreich.

Der Bf. hat mit Eingabe vom 8. August 2005 als Ursprungsnachweis für die Rinder mit der Ohrmarkennummer cc, dd und ee den Datenbankauszug des Landeskontrollverbandes Tirol

vom 4. August 2005 vorgelegt und hinsichtlich der Ohrmarken cc(76) und dd(76) ausgeführt, dass es sich dabei um Graurinder (letzte zwei Stellen 76) gehandelt habe und die Ohrmarken daher richtigerweise cc76 und dd76 zu lauten hätten. Der Bf. hat der Eingabe diesbezügliche Kopien der eidesstättigen Erklärungen des Ra.L. vom 6. Juli 1998 angeschlossen.

Dem Zollamt Salzburg/Erstattungen wurde diesbezüglich mit Schreiben vom 9. August 2005 Parteiengehör gegeben. Das Zollamt Salzburg/Erstattungen hat dazu mit Schreiben vom 16. August 2005 im Wesentlichen bemerkt, die eingesehene Erklärung sei auf den ersten Blick durchaus geeignet, als Ursprungsnachweis anerkannt zu werden.

Über die Beschwerde wurde erwogen:

Der Berufungssenat V der Region Linz bei der Finanzlandesdirektion für Oberösterreich mit Sitz in Graz hat über die Beschwerde vom 18. Juni 1999 mit Berufungsentscheidung vom 21. Dezember 2001 entschieden. Der Berufungssenat hat der Beschwerde stattgegeben und den Ausfuhrerstattungsbetrag bzw. den Sanktionsbetrag neu festgesetzt.

Der VwGH hat über die Beschwerde mit Erkenntnis vom 13. September 2004, ZI. 2002/17/0141, zu Recht erkannt und den angefochtenen Bescheid (Spruchpunkt: A.5) wegen Rechtswidrigkeit infolge Verletzung von Verfahrensvorschriften aufgehoben.

Der VwGH führt im Wesentlichen aus, in Ansehung der Rinder mit der Ohrmarkennummer aa und bb gelte das zum Spruchpunkt A.2 zweit- bis viertgenannten Rindern Gesagte.

In Ansehung der übrigen unter diesem Spruchpunkt abgehandelten Rinder mit der Ohrmarkennummer cc, dd und ee gelte das für das zum Spruchpunkt A.2. erstgenannte Rind Ausgeführt. Auch in Ansehung dieser Rinder liege ein Feststellungsmangel vor, weil deren Herkunft nicht vollständig ermittelt worden sei.

Demgegenüber könne die Einvernahme der auf den (manipulierten) Schlussscheinen aufscheinenden Personen aus den zu Spruchpunkt A.1 angeführten Gründen unterbleiben. Im Hinblick auf die ohnedies gebotene Aufhebung des angefochtenen Bescheides hinsichtlich dieses Spruchpunktes könne es dahingestellt bleiben, ob es angesichts der Individualisierung der Rinder mit den Ohrmarkennummern cc und dd durch ebendiese Ohrmarkennummern erforderlich gewesen wäre, weitere Ermittlungen hinsichtlich des Verkaufes dieser Rinder von Le. an den Bf. vorzunehmen oder nicht.

Durch die Aufhebung der angefochtenen Berufungsentscheidung ist die gegen den Bescheid des Zollamtes Salzburg/Erstattungen vom 29. Mai 1999, ZI. 1234, erhobene Beschwerde vom 18. Juni 1999 wiederum unerledigt.

Der VwGH hat im Erkenntnis zunächst den im Gegenstand relevanten rechtlichen Rahmen erwogen und u.a. Art. 3 Abs. 1 und 5 sowie Art. 10 Abs. 1 und 3 der Verordnung (EWG)

Nr. 3665/87 wiedergegeben, auf die am 13. Mai 1997 in Kraft getretene Verordnung (EG) Nr. 815/97 verwiesen [durch diese wurde Art. 10 Abs. 1 der Verordnung (EWG) Nr. 3665/987 neu gefasst] und sich mit Art. 23 (natürlicher Ursprungserwerb durch vollständige Gewinnung oder Herstellung in einem Land) und Art. 24 ZK (nichtpräferentieller Ursprungserwerb durch Herstellung in zwei oder mehr Ländern) beschäftigt. Nicht zuletzt hat er auf Art. 13 Abs. 9 der Verordnung (EWG) Nr. 805/68 in der Fassung dieses Artikels nach der Verordnung (EWG) Nr. 3219/94, auf die Art. 6 und 7 der Verordnung (EG) Nr. 3108/94 sowie auf aus der Sicht der Beschwerde relevante Bestimmungen des ZollR-DG hingewiesen.

Dieser rechtliche Rahmen ist auch jener des nunmehr fortgesetzten Verfahrens.

Art. 11 Abs. 1 der Verordnung (EWG) Nr. 3665/87 lautet:

Wird festgestellt, dass ein Ausführer eine höhere als die ihm zustehende Erstattung beantragt hat, so entspricht die für die betreffende Ausfuhr geschuldete Erstattung der für die tatsächliche Ausfuhr geschuldeten Erstattung, vermindert um einen Betrag in der Höhe

a) des halben Unterschiedes zwischen der beantragten Erstattung und der für die tatsächliche Ausfuhr geltenden Erstattung,

b) des doppelten Unterschiedes zwischen der beantragten und der geltenden Erstattung, wenn der Ausführer vorsätzlich falsche Angaben gemacht hat.

Als beantragte Erstattung gilt der Betrag, der anhand der Angaben gemäß Art. 3 bzw. Art. 25 Abs. 2 berechnet wird. Die Höhe der Erstattung richtet sich nach der Bestimmung, während ihr variabler Teil anhand der Angabe gemäß Art. 47 zu berechnen ist.

Die Sanktionen finden unbeschadet zusätzlicher Sanktionen Anwendung, die nach dem nationalen Recht gelten.

Gemäß Art. 3 Abs. 1 der Verordnung (EWG) Nr. 3665/87 gilt als Tag der Ausfuhr der Zeitpunkt, an dem die Zollbehörden die Ausfuhranmeldung, aus der hervorgeht, dass eine Erstattung beantragt wird, annehmen.

Gemäß Abs. 5 leg. cit. muss das bei der Ausfuhr für die Inanspruchnahme einer Ausfuhrerstattung verwendete Dokument alle für die Berechnung des Ausfuhrerstattungsbetrages erforderlichen Angaben enthalten; insbesondere:

a) die Bezeichnung der Erzeugnisse nach der für die Ausfuhrerstattungen verwendeten Nomenklatur,

b) die Eigenmasse der Erzeugnisse oder gegebenenfalls die zur Berechnung der Ausfuhrerstattung zu berücksichtigende und in den entsprechenden Mengeneinheiten ausgedrückte Menge.

Der Bf. hat im Zuge der durch die Betriebsprüfung/Zoll durchgeföhrten Einsichtnahme in die in dessen Buchhaltung liegenden Einkaufsbelege den Prüfern als Nachweis für den Ankauf des Rindes mit der Ohrmarkennummer aa den auf Jo.K. lautenden Schlussschein mit der Nr. 2204

vorgelegt. Der Schlussschein wurde am 2. Jänner 1997, damit knapp zehn Tage vor Annahme der gegenständlichen Ausfuhranmeldung in Sn. ausgestellt. Er ist von Jo.K. und von einem Einkäufer des Bf. (Ri.) gefertigt.

Aus der Sicht des Schlussscheines wurden drei Kühe verkauft. In der dritten Zeile wurde im Feld Ohrmarke die Ohrmarkennummer aa nachträglich eingetragen. Hinsichtlich der weiteren Kühe sind keine Manipulationen vorgenommen worden.

Im Rahmen der Zeugeneinvernahme des Jo.K. im Zuge des Amtshilfe- und Beweisverfahrens hat dieser bestätigt, die im Schlussschein Nr. 2204 vom 2. Jänner 1997 erfassten drei Kühe hätten sich in seinem Besitz befunden. Dies konnte er durch Meldeblöcke für Zuchtwarte erweisen. Der Zeuge bestätigt, die Kühe an den Bf. verkauft zu haben. Das auf der Durchschrift des gegenständlichen Schlussscheines angeführte Rind mit der Ohrmarkennummer aa hat sich nicht in seinem Besitz befunden.

Der Bf. hat im Zuge der durch die Betriebsprüfung/Zoll durchgeführten Einsichtnahme in die in dessen Buchhaltung liegenden Einkaufsbelege den Prüfern als Nachweis für den Ankauf des Rindes mit der Ohrmarkennummer bb den auf Jo.H. lautenden Schlussschein mit der Nr. 1914 vorgelegt. Der Schlussschein wurde am 5. Jänner 1997, damit acht Tage vor Annahme der gegenständlichen Ausfuhranmeldung in Rp. ausgestellt. Er ist von Jo.H. und von einem Einkäufer des Bf. (Le.) gefertigt.

Aus der Sicht des Schlussscheines wurde eine Kuh verkauft. In der ersten Zeile wurde im Feld Ohrmarke zunächst keine Eintragung vorgenommen und die Ohrmarkennummer bb nachträglich eingefügt.

Im Rahmen der Zeugeneinvernahme des Jo.H. im Zuge des Amtshilfe- und Beweisverfahrens hat dieser angegeben, an den Bf. eine Kuh mit der Ohrmarkennummer bb nicht verkauft zu haben bzw. dass die Unterschrift auf dem Schlussschein mit der Nr. 1914 vom 5. Jänner 1997 nicht von ihm stammt.

Es ist nicht auszuschließen, dass die in den Schlussscheinen erfassten und zutreffendenfalls an Einkäufer des Bf. verkauften Kühe ohne Ohrmarke verkauft und/oder angeliefert worden sind bzw. die Ohrmarke im Stall des Bf. verloren haben. Die Möglichkeit, das Feld Ohrmarke könnte jeweils vom Einkäufer des Bf. bewusst freigelassen worden sein, um dort die nachträglich und neu einzuziehenden Ohrmarkennummern einzufügen zu können, bzw. dass eine ursprünglich eingefügt gewesene Ohrmarke deshalb überschrieben wurde, weil die Kuh die Ohrmarke auf dem Transport zum Bf. oder im Stall desselben verloren hat, ist nicht von Vornherein auszuschließen. Der Bf. führt zu den ihm vorgeworfenen Manipulationen in der Berufung aus, bei den Überschreibungen und Ausbesserungen habe es sich um solche seiner damaligen Sekretärin gehandelt, wenn die Angaben schlecht lesbar oder unvollständig gewesen sind. Außerdem kann es sein, dass Schlussscheine, zumal Viehverkäufe

Handschlaggeschäfte sind, nachträglich ausgestellt und gegebenenfalls von einer nicht eruierten Person mit dem Namenszug des Verkäufers versehen wurden. Möglich ist auch, dass Rinder auf einem nicht zutreffenden Schlussschein nacherfasst wurden.

Weder aus den Akten noch aus den Ausführungen des Zeugen Wo.P. kann zweifelsfrei entnommen werden, dass bzw. ob diese zwei mit Ersatzohrmarken versehenen Rinder auch tatsächlich einem, von Jo.K. bzw. Jo.H. an den Bf. verkauften Rind zuzuordnen sind. Ebenso wenig ist daher erwiesen, ob bzw. dass die Schlussscheine die von den angeführten Verkäufern an den Bf. verkauften und von diesem exportierten Tiere überhaupt erfassen.

Aus der Sicht des gegebenen Sachverhaltes im Zusammenhang mit dem Erkenntnis des VwGH ist in Anbetracht der Ausführungen des Bf. in seiner Eingabe vom 11. Mai 2005, es sei ihm nicht möglich, hinsichtlich der Tiere mit der im Nachhinein eingezogenen Ohrmarkennummer aa und bb über die bereits vorliegende Zeugenaussage Wo.P. hinaus gehende weitere Herkunftsnachweise beizubringen, der innergemeinschaftliche Ursprung der verfahrensgegenständlichen Rinder als nicht erbracht zu bewerten.

In seinem Erkenntnis bemerkt der VwGH im Wesentlichen, in Ansehung der unter diesem Spruchpunkt abgehandelten Rinder mit der Ohrmarkennummer cc, dd und ee gelte das für das zum Spruchpunkt A.2. erstgenannte Rind Ausgeführt. Auch in Ansehung dieser Rinder liege ein Feststellungsmangel vor, weil deren Herkunft nicht vollständig ermittelt worden sei.

Der Bf. hat mit Eingabe vom 8. August 2005 als Ursprungsnachweise für das Rind mit der Ohrmarkennummer cc den Datenbankauszug des Landeskontrollverbandes Tirol vom 4. August 2005 vorgelegt.

In einem Begleitschreiben bemerkt der Landeskontrollverband Tirol, die Datenbank des Rinderdatenverbundes der zentralen Arbeitsgemeinschaft (ZAR) sei am 11. November 1999 und die Datenbank der AMA am 1. Jänner 1998 in Betrieb genommen worden. Da sich die verlangten Informationen auf die Zeit vor den eingeführten Datenbanken beziehen würden, sei darauf hinzuweisen, dass vor diesem Zeitpunkt keine Gegenprüfung zu den Angaben der Kontrollorgane und der Bauern möglich gewesen sei und es somit zu geringen Differenzen bei den Tagesangaben kommen könne.

Aus dem Datenbankauszug seien die Ohrmarkennummer, Rasse, Geburtsdatum, Abgangs- und Zugangsdaten, die Exportdaten des Bf., der Geburtsbetrieb und die weiteren Besitzer bis zum Verkauf an den Bf. ersichtlich. Alle in der beigelegten Liste erfassten Tiere seien in Österreich geboren worden und so lange beim Landeskontrollverband Tirol unter Leistungskontrolle gewesen, solange der Besitzer Mitglied bei der Zuchtorganisation gewesen sei.

In den Akten liegt die von Ra.L. unterfertigte eidesstättige Erklärungen desselben vom 6. Juli 1998 ein. Weiters kann im Rahmen der Würdigung der Beweise auf die

Zeugeneinvernahme des Ra.L. im Zuge des Amtshilfe- und Beweisverfahrens und den im fortgesetzten Verfahren durch den Bf. eingereichten Datenbankauszug bzw. das Begleitschreiben zurückgegriffen werden.

Im Datenbankauszug ist das Tier mit der Lebensnummer cc als Grauvieh erfasst. Es wurde am 8. Oktober 1989 auf dem Hof des Ri.S., Ne., geboren und von diesem am 2. September 1992 verkauft. Ra.L. hat es am 3. September 1992 als Zugang erfasst und aus der Sicht des Datenbankauszuges am 1. Jänner 1997 verkauft. Der Bf. hat das Tier am 13. Jänner 1997 exportiert.

Der Bf. hat mit Eingabe vom 8. August 2005 als Ursprungsnachweise auch für das Rind mit der Ohrmarkennummer dd den Datenbankauszug des Landeskontrollverbandes Tirol vom 4. August 2005 vorgelegt. Hinsichtlich des Begleitschreibens darf auf die dazu oben wiedergegebenen Ausführungen verwiesen werden.

In den Akten liegt die von Ra.L. unterfertigte eidesstättige Erklärung desselben vom 6. Juli 1998 ein. Weiters kann im Rahmen der Würdigung der Beweise auf die Zeugeneinvernahme des Ra.L. im Zuge des Amtshilfe- und Beweisverfahrens und den im fortgesetzten Verfahren durch den Bf. eingereichten Datenbankauszug bzw. das Begleitschreiben zurückgegriffen werden.

Im Datenbankauszug ist das Tier mit der Lebensnummer dd als Grauvieh erfasst. Es wurde am 14. November 1991 auf dem Hof des Ra.L. geboren und von diesem am 1. Jänner 1997 verkauft. Der Bf. hat das Tier am 13. Jänner 1997 exportiert.

Der Bf. hat mit Eingabe vom 8. August 2005 als Ursprungsnachweise schließlich noch für das Rind mit der Ohrmarkennummer ee den Datenbankauszug des Landeskontrollverbandes Tirol vom 4. August 2005 vorgelegt. Hinsichtlich des Begleitschreibens darf auch diesfalls auf die dazu oben wiedergegebenen Ausführungen verwiesen werden.

Im Datenbankauszug ist das Tier mit der Lebensnummer ee als Braunvieh erfasst. Es wurde am 24. Dezember 1989 auf dem Hof der Ju.H., Sb., geboren und von dieser am 23. Jänner 1997 verkauft. Der Bf. hat das Tier am 13. Jänner 1997 exportiert.

Der Bf. hat durch die in den Akten einliegenden zutreffenden Nachweise, durch den jeweils beigebrachten Datenbankauszug und durch das Begleitschreiben zum Datenbankauszug, wonach insbesondere die darin erfassten Tiere in Österreich geboren worden sind und es zu geringen Differenzen bei den Tagesangaben hat kommen können, auch hinsichtlich dieser drei Tiere den innergemeinschaftlichen Ursprung und weiteren Aufenthalt und die Vorbesitzer bis zur Geburt des Tieres im Sinne der Ausführungen im gegenständlichen Erkenntnis des VwGH zu Spruchpunkt A.2. erwiesen. Damit ist auch hinsichtlich dieser Tiere von einem Ursprung derselben in der Europäischen Gemeinschaft auszugehen.

Dem Bf. wurde Ausfuhrerstattung aufgrund seines Antrages vom 14. Oktober 1997 mit Berufungsvorentscheidung vom 29. April 1999, Zl. 1234 nach § 2 des Ausfuhrerstattungsgesetzes (AEG) i.V.m. Art. 11 der Verordnung (EWG) Nr. 3665/87 für 24 Stück Rinder mit einer amtlich ermittelten Eigenmasse von 14.044,00 kg in der Höhe von S 72.162,00 (€ 5.244,22) gewährt und die Sanktion im Betrage von S 30.377,00 (€ 2.207,58) ausgemessen, sodass ein Betrag von S 41.785,00 (€ 3.036,63) der tatsächlich zur Auszahlung gelangende Betrag war.

Als beantragte Ausfuhrerstattung gilt der Betrag, der anhand der Angaben gemäß Art. 3 bzw. Art. 25 Abs. 2 der VO (EWG) Nr. 3665/87 berechnet wird. Als Tag der Ausfuhr gilt der Zeitpunkt, an dem die Zollbehörden die Ausfuhranmeldung, aus der hervorgeht, dass eine Ausfuhrerstattung beantragt wird, annehmen. Der Zeitpunkt der Annahme der Ausfuhranmeldung ist u.a. maßgebend für den anzuwendenden Erstattungssatz, für die Feststellung der Menge, Art und Eigenschaft des ausgeführten Erzeugnisses.

Enthält eine Ausfuhranmeldung mehrere verschiedene Codes der Erstattungsnomenklatur oder der Kombinierten Nomenklatur, so gelten die Angaben für jeden dieser Codes als getrennte Anmeldung.

Gemäß § 3a der Verordnung des Bundesministers für Finanzen zur Durchführung des Ausfuhrerstattungsgesetzes (AEG-DV; BGBl. I Nr. 83/1999) ist auf die Anwendung der Sanktion zu verzichten, wenn sie sich auf 60 € oder weniger je Ausfuhranmeldung beläuft. Ebenso ist auf die Wiedereinziehung von zu Unrecht gezahlten Beträgen, zu Unrecht freigegebenen Sicherheiten und die Vorschreibung von Zinsen und Negativbeträgen zu verzichten, wenn sich der je Ausfuhranmeldung ergebende Gesamtbetrag auf höchstens 60 € beläuft.

Die Ursache für die teilweise Stattgabe ist darin zu erblicken, dass es dem Bf. im Hinblick auf jene Tiere, die ihre Ohrmarke verloren haben, nicht gelungen ist, deren Ursprung in der Europäischen Union zu erweisen.

Es ist dem Bf. mit den nachgereichten Ursprungsnachweisen und Erklärungen jedoch gelungen, hinsichtlich der Tiere mit der Ohrmarkennummer cc, dd und ee den Beweis des Ursprungs derselben in der Europäischen Union zu führen.

Im Gegenstand wurde anlässlich der Ausfuhr eine anrechenbare Beschau durchgeführt. Dabei wurden vor allem die Ohrmarkennummern vollständig geprüft und haben mit den vorgelegten Unterlagen übereingestimmt.

Der Bf. hat zu Unrecht Ausfuhrerstattung für eine von ihm beantragte bzw. amtlich ermittelte höhere als nun zugestandene Eigenmasse erhalten. Aus der Sicht des gegebenen

Sachverhaltes und des verfahrensrelevanten Erkenntnisses des VwGH sind die Ausführungen des Bf. in seiner Eingabe vom 11. Mai 2005, es sei ihm nicht möglich, hinsichtlich der Tiere mit den im Nachhinein eingezogenen Ohrmarkennummern aa und bb über die bereits vorliegende Zeugenaussage Wo.P. hinaus gehende weitere Herkunfts nachweise beizubringen, derart zu bewerten, dass der innergemeinschaftliche Ursprung hinsichtlich dieser Tiere nicht erbracht wurde. Weil dem Bf. diesbezüglich vorsätzliches Handeln nicht nachgewiesen werden konnte, war die Sanktion aber abzuändern.

Berechnung	Schilling	Euro
a) Beantragte Erstattung für die Eigenmasse von 16.682,00 kg*	85.716,00	6.229,22
b) Dem Bf. zustehende Erstattung für die Eigenmasse von 15.501,00 kg**	79.648,00	5.788,25
c) Sanktion von 50% für 1.181,00 kg***	3.034	220,49
d) Zur Auszahlung gelangender Erstattungsbetrag	76.614,00	5.567,76
e) Mit Berufungsvorentscheidung vom 5. Mai 1999 abgeänderter Erstattungsbetrag	41.785,00	3.036,63
f) Differenz zwischen d) und e)	34.829,00	2.531,13

* Bei diesem Gewicht handelt es sich um die vom Bf. in Feld 38 der Anmeldung vor Annahme derselben eingetragene Eigenmasse

** Bei diesem Gewicht handelt es sich um die vom Bf. beantragte gesamte Eigenmasse von 16.682,00 kg; diese verringert um die vom Bf. beantragte Eigenmasse für das Rind mit der Ohrmarkennummer aa (628,00 kg) und für das Rind mit der Ohrmarkennummer bb (553,00 kg)

*** Sanktion von 50% für die vom Bf. beantragte Eigenmasse für das Rind mit der Ohrmarkennummer aa (628,00 kg) und für das Rind mit der Ohrmarkennummer bb (553,00 kg)

Graz, am 20. Jänner 2006